Jens Böhrnsen

Sozialen Zusammenhalt stärken, Chancen gerecht verteilen, Bremens Stärken für Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft nutzen

Rede auf dem Landesparteitag der SPD am 1. November 2006

Es gilt das gesprochene Wort
Sperrfrist: Redebeginn

Liebe Genossinnen und Genossen,

vor ziemlich genau einem Jahr, am 8.11.2005, bin ich von der Bremischen Bürgerschaft zum Präsidenten des Senats gewählt worden.
Das war für mich ein Jahr mit vielen Eindrücken und intensiven Begegnungen.

Ich habe Bremen als wirtschaftlich starkes, produktives und leistungsfähiges Land erlebt: Wann immer ich in Bremerhaven in unseren Häfen unterwegs war, bei den Stahlwerken, bei Daimler, auf der Lloyd-Werft, in unseren Hochschulen und wissenschaftlichen Instituten, in der Luft- und Raumfahrt, zum Beispiel als hier in Bremen das Weltraum-Labor Columbus an die NASA übergeben wurde und als Bremen den Zuschlag für den größten Kongress der Weltraumwissenschaft erhielt.

Ich habe Bremen und Bremerhaven noch intensiver als schon bisher in unseren lebendigen Stadtteilen erlebt, das vielfältige ehrenamtliche Engagement in Vereinen, Verbänden, bei WIN- und Kulturprojekten, in der Freiwilligenagentur, das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religion.

Ich habe aber auch erlebt und erlebe hautnah jeden Tag im Rathaus die Bedingungen für Politik in einer Haushaltsnotlage – und wie wichtig es ist, da heraus zu kommen.

Und schließlich:
Ich erlebe, dass wir Sozialdemokraten in Bremen noch stärker zusammengerückt sind.
Wir ziehen wirklich an einem Strang – im Senat, in der Fraktion und in der Partei.
Dafür möchte ich mich stellvertretend bedanken bei Uwe Beckmeyer und Carsten Sieling, bei den UB-Vorsitzenden Carmen Emigholz, Sigi Breuer und Max Liess, bei Jörg Schulz und natürlich bei meinen Mitstreitern im Senat.

Diese Geschlossenheit hilft bei den vor uns liegenden Aufgaben.
Und die heißen:
Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger überzeugen durch unsere Arbeit für Bremen und Bremerhaven.
Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger um ihr erneutes Vertrauen bitten.
Wir wollen für Bremen und Bremerhaven begeistern.
Wir wollen bei der Bürgerschaftswahl am 13. Mai 2007 wieder stärkste politische Kraft werden.

Oder in einem Satz gesagt: Ich möchte gemeinsam mit Euch die Bürgerschaftswahl gewinnen.

In Deutschland gibt es derzeit eine wichtige Debatte.
Es geht um die zunehmende soziale Spaltung unserer Gesellschaft.
Die Unterschiede zwischen arm und reich werden immer größer.
Sogar konservative Soziologen sprechen davon, dass Klassenunterschiede unsere Gesellschaft prägen – vom Schulbesuch bis zur Gesundheitsvorsorge, vom Einkommen bis zur politischen Macht.
Andere sprechen von Milieus und Schichten ohne Chancen, von Unterschicht, von abgehängten Teilen unserer Gesellschaft. Dafür gibt es sogar ein neues Wort: Prekariat .

Diese Debatte beschreibt eine Wirklichkeit, die uns Sozialdemokraten in ganz besonderer Weise berührt.
Weil es um menschenwürdiges Leben, um Teilhabe, um Gerechtigkeit geht.
Und diese Debatte geht uns auch in Bremen an.
Denn in Bremen und Bremerhaven ist die soziale Spaltung unserer Gesellschaft besonders sichtbar.
Die hohe Arbeitslosigkeit ist bedrückend.
Zum Weltkindertag symbolisierten 24.000 Fähnchen in den Wallanlagen, dass jedes vierte Kind in Bremen von den Sozialkassen abhängig ist.

Deshalb gehört für mich an den Anfang, was den Kern unserer Politik ausmacht:
Bremen und Bremerhaven sollen Städte des sozialen Zusammenhalts sein.
Städte, in denen alle Menschen Wertschätzung, Respekt und Solidarität erfahren.
Städte, in denen alle gleiche und gerechte Chancen haben.
Alle Menschen sind uns gleich wichtig.
Wir dürfen niemanden hinten runterfallen lassen.
Deshalb finden wir uns mit Kinderarmut und Massenarbeitslosigkeit nicht ab.
Deshalb dürfen Bildungschancen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.
Deshalb setzen wir auf soziale Integration und gerechte Teilhabe aller in der Gesellschaft.
Das sind unsere Ziele. Daran arbeiten wir. Das ist der rote Faden unserer Politik.

Übrigens: Eine solche Politik verlangt, dass sich der Staat nicht auf eine Nachtwächterfunktion reduziert.
Eine solche Politik verlangt einen handlungsfähigen Staat, der Gestaltungsspielräume hat und sie auch nutzt.

Der Spruch „Jeder ist seines Glückes Schmied“ enthält heute mehr Lüge als Wirklichkeit.
Der Markt wird nicht dafür sorgen, dass Kinder überall in Deutschland gleiche Ausbildungs- und Lebenschancen haben.
Wer nicht akzeptieren will, dass der Schulerfolg der Kinder von der sozialen Lage ihrer Eltern abhängt, der muss die KITAS und die Schulen so ausstatten, dass sie zur Chancengleichheit beitragen können.
Dafür wollen wir einen Staat, der das auch bezahlen kann.

Und ich darf das hier so offen sagen:

Ich finde es ungeheuer anstrengend, dass die Steuerreformen vergangener Jahre, durch die Absenkung des Spitzensteuersatzes und durch die massiven Steuererleichterungen für große Kapitalgesellschaften, dazu beigetragen haben, dass Ebbe in den öffentlichen Kassen herrscht.
Deshalb sage ich: Die angekündigte Unternehmenssteuerreform ist nur dann akzeptabel, wenn sie nicht zu Steuerausfällen führt.
Die Handlungsfähigkeit des Staates darf nicht weiter geschwächt werden.

Und das hat auch etwas mit Gerechtigkeit zu tun.
Unsere Unternehmen zahlen im europäischen Vergleich mit die geringsten Steuern.
Wir können doch nicht die Masse der Bevölkerung mit der Mehrwertsteuererhöhung zur Kasse bitten, und diese Mehreinnahmen dazu zu nutzen, den Unternehmen weitere Steuergeschenke zu machen.
Damit muss Schluss sein.

Wenn wir die soziale Spaltung überwinden wollen, dann brauchen wir zuallererst mehr Arbeit, denn die Massenarbeitslosigkeit ist der Kern des Problems.
Schon deshalb steht die SPD für Bremens Zukunft als wirtschaftlich und wissenschaftlich starkes Land.
Denn nur ein dynamischer Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort schafft Arbeits- und Ausbildungsplätze, die wir so dringend brauchen.

Die Eisen- und Stahlproduktion, die Nahrungs- und Genussmittelindustrie, der Automobilbau, die Elektronik, der Logistiksektor, die Luft- und Raumfahrtindustrie sowie die maritime Wirtschaft gehören in Bremen und Bremerhaven zum unverzichtbaren Kern unseres Landes.
Wir wollen diesen starken Kern stärken, Neues darauf aufbauen und zusätzliche Arbeitsplätze schaffen.
Unsere Häfen boomen.
Mit der Fertigstellung des CT IV in Bremerhaven sind die Weichen auch zukünftig auf Wachstum gestellt.
Wir wollen die beeindruckenden Wachstumschancen unserer Häfen auch zukünftig nutzen.
Wir haben in unsere Verkehrsinfrastruktur investiert.
Mit dem Ausbau der A 281 schließen wir den Autobahnring zwischen den vorhandenen Bundesautobahnen A27 und A1.

Wir wollen eine noch engere Vernetzung von Wissenschaft und regionaler Wirtschaft.
Darin steckt Dynamik für neue Arbeitsplätze – die Ansiedlung des DLR-Raumfahrtinstituts bestätigt das.
Unser Land ist mittlerweile eine auch international bekannte Innovationsregion.
Über 50 wissenschaftliche Forschungseinrichtungen wie das Frauenhofer- und Max-Planck-Institut sind in Bremen und Bremerhaven ansässig und teilweise schon mit unserer Industrie verflochten.
Das ist das Ergebnis unserer Wissenschaftspolitik.
Das macht Mut und auf diesem Weg werden wir weiter gehen.

Unser Land ist ein wirtschaftlich starkes Land.
Beim Bruttoinlandsprodukt je Einwohner liegt Bremen im bundesweiten Vergleich mit an der Spitze aller Bundesländer.

Und beim Wirtschaftswachstum haben wir Boom-Town Hamburg hinter uns gelassen. Bremen und Bremerhaven sind Arbeitsmarktzentren ihrer Region.
Über 130.000 Niedersachsen kommen täglich zu uns, um hier ihrer Arbeit nachzugehen.
Wir leisten hier viel.
Aber wir haben auch 50.000 Menschen in Bremen und Bremerhaven, die Arbeit suchen und keine finden.
Arbeit ist gesellschaftliche Teilhabe, einen Arbeitsplatz zu besitzen, ist die Voraussetzung für ein eigenständiges Leben.
Die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze ist ein Kernanliegen sozialdemokratischer Politik, die Schaffung von Arbeitsplätzen ist und bleibt auch zentral für die Zukunftssicherung unseres Landes.
Deshalb werden wir in Bremen und Bremerhaven jeden mit offenen Armen empfangen, der investieren und Arbeitsplätze schaffen will – aber bitte ordentliche Arbeitsplätze, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze.

Angesichts von 50.000 Arbeitslosen ist es zudem auch weiterhin richtig, auf aktive Arbeitsmarkpolitik zu setzen.
Wir setzen uns dafür ein, dass die Menschen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Beschäftigung finden, sinnvolle öffentliche Beschäftigungsangebote erhalten.

Übrigens:
Ich bin dankbar dafür, dass der Geist der „Bremer Erklärung“ spürbar ist – das Allemanns- und Allefrausmanöver, um das Staatsschiff Bremen auf klarem Kurs zu halten.
Wirtschaft, Wissenschaft, Arbeitnehmervertreter und Politik sind sich einig in dem Ziel, den Wirtschafts- und Technologiestandort Bremen erfolgreich weiterzuentwickeln.

Ich treffe mich regelmäßig mit Unternehmern, denen das Schicksal Bremens am Herzen liegt und bekomme viele Anregungen und Unterstützung.
Ich will hier ausdrücklich würdigen, dass sich die Handelskammer in einer Zeit als es darauf ankam, mit einem Zehn-Punkte-Papier und einer Broschüre für den Erhalt der Selbständigkeit Bremens stark gemacht hat.
Genauso verdienstvoll war eine gemeinsame Erklärung von Arbeitnehmerkammer und Handelskammer zur Zukunft Bremens.
Ich möchte alle bitten und ganz herzlich einladen, in diesem Sinne mit uns zu diskutieren, wie wir Bremen und Bremerhaven noch zukunftsfähiger machen können.

Wenn wir die soziale Spaltung überwinden wollen, dann müssen wir noch mehr tun.
Wir müssen da ansetzen, wo heute noch die Weichen für spätere gesellschaftliche Chancen gestellt werden: in der Kindheit und Jugend.
Deshalb sind Sozial- und Bildungspolitik eine Kernaufgabe.
Wir brauchen eine frühzeitige und systematische Förderung aller Kinder und Jugendlichen.

Ich erlebe bei meinen Besuchen in KITAS, dass bei vielen Kindern schon Kleidung und Essen zum Problem wird.
Wir müssen hier ganz konkret ansetzen.

- Die Essensversorgung in den KITAS und den Ganztagsschulen muss gewährleistet sein. Und sie soll für Kinder, die Sozialgeld empfangen, kostenlos sein.
- Der Rechtsanspruch auf den Kindergartenplatz muss die Mittagszeit umfassen – da reichen nicht vier Stunden, da müssen wir sechs Stunden verbindlich festschreiben.

Das sind ganz wichtige Ansatzpunkte.
Aber wir dürfen nicht dabei stehen bleiben.
Es darf nicht sein, dass die Bildungschancen der Kinder – und damit ihre Chancen auf spätere Teilhabe an gesellschaftlichem Leben und Wohlstand – immer noch vom Geldbeutel und von der sozialen Situation der Eltern abhängen.

- Deshalb müsse alle Kinder in Bremen so früh wie möglich an Bildungsangeboten teilhaben.
- Deshalb ist der weitere Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder unabdingbar – sowohl zur Vereinbarung von Beruf und Familie als auch um rechtzeitig auf soziale Benachteiligung zu reagieren.
- Deshalb ist die weitere Qualifizierung der in der Kinderbetreuung arbeitenden Menschen nötig.
- Und deshalb wollen wir die Ganztagsschulen weiter ausbauen.

Natürlich kostet das Geld.
Wir haben schon immer gesagt, dass es eine Gesellschaft am Ende teuer zu stehen kommt, wenn immer weitere Einschnitte und Einsparungen bei den sozial Schwachen vorgenommen werden.
Bremische Politik darf nicht auf Kosten derjenigen gehen, die auf die besondere Fürsorge des Staates angewiesen sind. Bremische Politik muss für sie gestaltet werden.

Der Tod des kleinen Kevin hat uns alle entsetzt.
Er hat unseren Schutz, den Schutz des Staates gebraucht.
Aber er hat diesen Schutz nicht bekommen.
Das ist ein schlimmes Versagen.
Man hatte Konferenzen abgehalten, Papiere gelesen und Vermerke geschrieben.
Aber das Wichtigste hatte man versäumt: Sich mit eigenen Augen davon zu überzeugen, wie es dem Kind tatsächlich geht, ob es sicher, ohne Gefahren lebt.

Wir müssen das Menschenmögliche tun, damit sich so etwas nicht wiederholen kann.
Ich habe deshalb mit dem Sozialressort Sofortmaßnahmen verabredet und die sind eingeleitet.
Überall dort, wo im Elternhaus Probleme bekannt sind – sei es wegen Drogenabhängigkeit, wegen Alkohol oder wegen familiärer Konflikte – müssen wir unverzüglich wissen, wie es den Kindern tatsächlich geht.

Um die Sofortmaßnahmen umsetzen zu können, wird das Amt für Soziale Dienste personell aufgestockt.
Im Weser-Kurier am letzten Samstag haben die Stellenausschreibungen gestanden, jetzt muss diese Aufstockung zügig erfolgen.

In dem Bereich, der sich mit der Betreuung der Vormundschaften befasst, wurden bereits zwei zusätzliche Stellen geschaffen, um die Menge der Fälle angemessen bewältigen zu können.

Über diese Sofortmaßnahmen hinaus müssen wir das gesamte System der Kinder- und Jugendhilfe durchforsten und auf alle Schwachstellen abklopfen.

Ziel der verbesserten Betreuung muss sein, dass jedes Kind aus prekären Betreuungsverhältnissen zwei Mal die Woche von Professionellen gesehen wird. Professionelle sind nicht nur die Mitarbeiter vom Amt. Das können auch Familienhebammen, Ärzte, anerkannte Pflegestellen und Pflegefamilien sein, die Erzieherinnen und Erzieher in Krabbelgruppen, Eltern-Kind-Gruppen und in unseren Kindertagesstätten, die Lehrerinnen und Lehrer in den Schulen. Wichtig ist eine enge Form der Vernetzung der verschiedenen Stellen.
Das müssen wir zum Schutz der Kinder sicherstellen.
Nie wieder darf ein Kind ein halbes Jahr seinem Schicksal überlassen werden.
Der Staat hat Verantwortung, und der muss er gerecht werden.

Ich vermute, wir brauchen auch einen Mentalitätswechsel, eine neue Einstellung zum Verhältnis von Elternrecht und Kindeswohl.
Ich bin für Pflichtuntersuchungen für Kinder von der Geburt bis zur Einschulung
Der Grundsatz muss heißen: Im Zweifel hat der Schutz des Kindes immer Vorrang.

Ich habe gesagt, wenn es um das Leben und Gesundheit von Kindern geht, können Kosten kein Argument sein.
Der Schutz und die Gesundheit von Kindern müssen einen höheren Rang haben als jede Haushaltslage.
Wenn dafür Mittel benötigt werden, dann bringen wir sie auf.
Sozialpolitik ist kein Steinbruch für Sparzwänge.
Sozialpolitik ist die Messlatte, an der sich Mitmenschlichkeit und Verantwortungsbereitschaft unserer Gesellschaft ablesen lassen.

Es liegt mir am Herzen, bei dieser Gelegenheit die vielfältigen Leistungen von Karin Röpke zu würdigen und ihr persönlich zu danken.
Für ihr Engagement, für ihre Kollegialität, für ihre Fairness, für Ihre Geradlinigkeit und für alles, was sie für Bremen getan und erreicht hat.
Ich habe über viele Jahre – zunächst in der SPD-Fraktion und dann im Senat – sehr gern, sehr gut und erfolgreich mit ihr zusammengearbeitet.
Ich werde sie als Kollegin im Senat sehr vermissen.

Karin Röpke hat nach dem erschütternden Tod des kleinen Kevin die aus ihrer Sicht unabdingbaren politischen und persönlichen Konsequenzen gezogen.
Sie hat Verantwortung übernommen und ist von ihrem Amt zurückgetreten.
Ihr Entschluss war unumstößlich, und auch ich habe ihn als hoch anständig empfunden und respektiert.
Es war nicht allein die Politikerin Karin Röpke, die bestürzt und fassungslos vor dem Tod eines kleinen Jungen stand, der unseren Schutz gebraucht hätte und für den der Staat Verantwortung übernommen hatte.
Wer sie kennt und in diesen Tagen erlebt hat, weiß:

Auch persönlich im Allerinnersten ist Karin Röpke sehr erschüttert und bewegt über das Schicksal eines Kindes.

Karin hat es in diesem großen Ressort in einem kleinen Bundesland in extremer Haushaltsnotlage nicht leicht gehabt und sie hat es sich nicht leicht gemacht.
Ich bin überzeugt, ich kann für alle sprechen und sagen: Herzlichen Dank, liebe Karin!

Ich glaube, die beste Anerkennung für ihre politische Leistung ist, wenn wir immer im Blick behalten, dass gerade in der Kinder-, Jugend-, Familien , Gesundheits- und Sozialpolitik hinter nüchternen Budgetzahlen und Haushaltsanschlägen immer einzelne Schicksale stehen, Menschen, die auf Unterstützung oder Hilfe, Schutz oder Förderung angewiesen sind.

Als ich zum Bürgermeister gewählt wurde, stand in den beschlossenen Eckpunkten für die Haushalte 2006 und 2007 eine jährliche Einnahmeposition von über 500 Millionen Euro, gebucht auf den sogenannten Kanzlerbrief.
Ein ungedeckter Scheck, wie wir wissen.
Zudem waren die vom Senat Anfang 2005 beschlossenen Eckwerte nicht auskömmlich für die Ressorts:
Kein einziger Euro vorgesehen für den weiteren Ausbau der Ganztagsschulen. Kein Euro vorgesehen für die Pisaergänzungsmaßnahmen wie Sprachförderung. Im Sozialressort waren zusätzliche Kürzungen von 20 Millionen Euro vorgesehen.
Die Übungsleiterpauschalen bei Sport waren nicht mehr finanziert.

So durfte es nicht bleiben.
Deshalb haben wir neue Haushaltsberatungen durchgeführt.
Das Ergebnis: Der Ausbau der Ganztagsschulen wird fortgesetzt, mit drei Schulen pro Jahr.
Die Pisaergänzungsmittel wurden gesichert.
Die 20 Millionen-Kürzung bei Soziales wurde zurückgenommen.
Zusätzliche Mittel für den Ausbau der Betreuungseinrichtungen für die 0-3-Jährigen wurden bereitgestellt.
Die ersten zusätzlichen 180 Plätze wurden bereits eingerichtet, die nächsten werden jetzt – vor allem in den sozialen Brennpunkten – folgen.
Beiratsmittel, die Programme Soziale Stadt und Wohnen in Nachbarschaften wurden abgesichert.
Die Übungsleiterpauschale im Sportbereich ist gesichert

Um das finanzieren zu können, haben wir u.a. die Investitionen auf das wirklich notwendige beschränkt und also erheblich gekürzt.

Nach dem Debakel des uneingelösten Kanzlerbriefes brauchten wir zudem eine neue Grundlage für unsere strategische Zukunftsausrichtungen.
Wir konnten doch nicht so tun, als könne alles weiter gehen wie bisher.
Deshalb habe ich im Januar diesen Jahres ein Strategiepapier vorgelegt..
Drei Eckpunkte sind dort dargelegt:

1. Die Einreichung einer Klage in Karlsruhe,

2. die Aufnahme von Verhandlungen mit dem Bund und den Ländern über eine Neuregelung der Finanzbeziehungen, und
3. die Ausrichtung unserer weiteren Eigenanstrengungen, konsumtiv wie investiv, an dem Maßstab Hamburg.

Ich hab mir eine Menge Kritik abgeholt damals.
Auch war es, um es vorsichtig auszudrücken, nicht ganz einfach, den Koalitionspartner für unseren neuen Kurs zu gewinnen.
Vielen erschien es erheblich bequemer, in alten Denkmustern und Strategien zu verharren, die grausame Realität auszublenden und so zu tun, als könne alles bleiben, wie es war.
Eine vernünftige eigene Alternative, wie Bremen nach dem Wegfall der Sanierungszahlungen weiter machen soll, wie wir uns strategisch ausrichten müssen und woran wir uns orientieren, habe ich indes nicht gehört oder gelesen.

Und so ist das Strategiepapier zur Senatspolitik geworden:
Unsere Finanzplanung sieht jetzt vor, die konsumtiven Ausgaben stabil zu halten und die investiven Ausgaben – entsprechend der Vergleichshöhe von Hamburg – von über 700 Mio jährlich auf etwa 400 Mio zu senken.
Die Klage beim BVerfG ist eingereicht. Die Verhandlungen über die Reform der Bund-Länderbeziehungen stehen auf der Tagesordnung.

Am 19.10. hat das BVerfG zu Berlin entschieden.
Berlin hat nach diesem Urteil keinen Anspruch auf Hilfe zur Haushaltssanierung.
Die Frage ist, was bedeutet dieses Urteil für die Klage Bremens.

Klar ist: Illusionen sind nicht erlaubt.
Das BVerfG hat die Maßstäbe verändert und hohe rechtliche Hürden für bundesstaatliche Hilfen aufgebaut.
Von Solidarität unter den Ländern, vom bündischen Prinzip des Füreinandereinstehens ist beim BVerfG nicht mehr die Rede, dagegen viel vom Wettbewerbsföderalismus.

Aber klar ist auch:
Es gibt nach wie vor einen Anspruch auf bundesstaatliche Unterstützung, wenn sich ein Land unverschuldet in extremer Haushaltsnotlage befindet und alle zumutbaren Anstrengungen unternimmt, um sich selbst aus dieser Lage zu befreien.

Deshalb werden wir selbstverständlich unsere Klage weiterführen.
Wir werden peinlichst genau alle Punkte aufgreifen und nacharbeiten, die das BVerfG angesprochen hat.

Bremen antwortet auf das Urteil mit dem Selbstbewusstsein und dem Wissen, dass wir alle Sanierungsauflagen erfüllt haben, unsere Sparanstrengungen beachtlich sind und wir bei unserer Finanzplanung den Vergleich mit anderen nicht zu scheuen brauchen.
Wir wissen, dass wir Solidarität von anderen nur verlangen können, wenn wir uns selbst anstrengen.

Es geht darum, die Balance zu wahren zwischen den notwendigen Sparanstrengungen einerseits und der wirtschafts- und sozialpolitischen Vernunft andererseits.
Es geht darum, die begrenzten öffentlichen Mittel zielgenau dort einzusetzen, wo sie für die Menschen und die Entwicklung unserer beiden Städte am wichtigsten sind.
Deshalb bleibt es richtig, in Arbeitsplätze, in Bildung und Ausbildung, in Kinderbetreuung zu investieren.
Die Lebens- und Berufschancen von Kindern und Jugendlichen müssen in Bremen mindestens genauso gut sein wie in anderen Teilen Deutschlands.

Das BVerfG hat Berlin vorgehalten, es habe noch Vermögen, z.B. Wohnungsbaugesellschaften, die es verkaufen könne.
Daraus haben einige geschlossen, dann müssen wir z.B. die Häfen und die Gewoba verkaufen, um beim BVerfG eine Chance zu haben.
Hier muss man das Urteil genau lesen.
Das Gericht verlangt, dass dargelegt wird, was dem Land mehr nützt, Vermögen zu behalten oder es zu verkaufen.
Dieser Aufgabe werden wir uns stellen.

Ich bin sicher: Wer sich nicht von einem Verkaufspreis blenden lässt, wer genau hinschaut auf die Bedeutung und den Nutzen der Gewoba , der wird sie nicht irgendwelchen Heuschrecken in den Hals werfen.

Ich bin entschlossen, um unsere Häfen oder um unsere Gewoba zu kämpfen.
Wir wollen uns schützend vor die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, vor die Mieterinnen und Mieter stellen und sie nicht irgendwelchen internationalen Finanzinvestoren ausliefern.

An dieser Stelle eine Bemerkung zu den kommunalen Krankenhäusern in der Stadt Bremen.
Wir haben viel gelesen über zwei halbseidene Geschäftsführer und ihre Machenschaften.
Das alles muss sorgfältig aufgeklärt werden.
Wir dürfen darüber aber nicht das Wichtigste aus dem Blick verlieren:
Wir wollen und wir müssen unsere vier kommunalen Krankenhäuser zukunftsfähig machen.
Da können wir keine Pause einlegen und abwarten.
Unser Ziel ist und bleibt:
Wir wollen unsere Krankenhäuser nicht verkaufen.
Wir wollen weiterhin öffentliche Verantwortung übernehmen für eine gute gesundheitliche Versorgung an vier wichtigen Standorten.

Genau hinschauen muss man auch, wenn das BVerfG verlangt, das Land müsse alle Einnahmemöglichkeiten ausschöpfen.
Da rufen einige sofort, dann müssen wir Studiengebühren einführen.
Völlig falsch.
In den CDU-regierten Ländern, in denen Studiengebühren eingeführt wurden, sollen sie gerade nicht zur Entlastung, sondern zur Steigerung der Wissenschaftsausgaben dienen.
Und im übrigen:

Ich habe mit Kurt Beck und Klaus Wowereit verabredet, dass wir in unseren Ländern dafür stehen, dass das Studium nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt.

Das Urteil des BVerfG zu Berlin zeigt mit aller Deutlichkeit, dass die eigentliche Reform des deutschen Föderalismus noch aussteht.
Bei der Föderalismusreform 1 ging es um die Neuordnung der Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern.
Jetzt in der Föderalismusreform 2 geht es um die Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern.
Es geht darum, dass Bund, Länder und Gemeinden finanziell in der Lage sind, ihre Aufgaben zu erfüllen.
Es geht darum, dass die Solidarität und die Gleichheit der Lebensbedingungen auch in Zukunft Maßstab der bundesstaatlichen Ordnung sind.
Diese Reform hat durch das BVerfG und durch die letzte Ministerpräsidentenkonferenz Schwung bekommen.
Wir werden unsere bremischen Vorstellungen einer gerechten Finanzverteilung mit Nachdruck in die Verhandlungen einbringen.
Ich nenne die Stichworte:
Einwohnerwertung, Umsatzsteuerverteilung, Steuerzerlegung, Hafenlasten, Investitionshilfen, Entschuldungsfonds.
Wir wollen keine Almosen.
Wir wollen nicht mehr und nicht weniger als eine faire Berücksichtigung unserer Besonderheiten als Stadtstaat.
Das wird ein steiniger Weg.
Aber ich bin entschlossen, ihn konsequent zu gehen.

Um am Ende auch Erfolg zu haben, brauchen wir nicht nur gute Argumente –die haben wir – sondern wir brauchen auch Freunde, die mit uns streiten.
Die Großstädte der Bundesrepublik sind unsere natürlichen Bündnispartner.
Viele unserer Probleme sind typische Großstadtprobleme.
Ich nehme die Zusammenarbeit mit dem deutschen Städtetag sehr ernst.
Ich bin Mitglied des Präsidiums des Städtetages und nehme, sooft es sich irgendwie einrichten lässt, auch an den Sitzungen teil.
Als der Münchener Oberbürgermeister und Präsident des Städtetages Christian Ude hier in Bremen überzeugend vertreten hat, er setze sich für unsere Selbständigkeit ein, so hat er das nicht getan, weil er ein lieber netter Kerl ist.
Nein, wir bringen die Interessen der Großstädte in die Beratungen auf Bundesebene ein, in die Beratungen bei den Ministerpräsidenten, im Bundesrat und bei unseren Verhandlungen mit der Bundesregierung.
Wir vertreten auch die Interessen Münchens und Frankfurts.
Ich nehme diese Rolle aktiv an und ich werde das auch zukünftig tun.

Zum Schluss:
Bis zur Bürgerschaftswahl sind es noch gut sechs Monate.
Wir werden – wie es unserer Regierungsverantwortung als stärkste politische Kraft in Bremen entspricht – für Bremen und Bremerhaven arbeiten, und zwar bis zum letzten Tag dieser Legislaturperiode.
Gleiches muss für die große Koalition insgesamt gelten.

Ich spekuliere nicht über irgendwelche Koalitionen nach der Wahl.
Koalitionen sind das Ergebnis von Wahlen und nicht Ergebnis von Wunsch und Wille.
Die letzte Bundestagswahl hat es eindrucksvoll bewiesen.

Die CDU als Partner kennen wir.
Das war und ist mitunter anstrengend.
Die CDU war gerade im zurückliegenden Jahr ein äußerst wankelmütiger Partner.

Was die Grünen angeht, die haben in letzter Zeit ihre Regierungsfähigkeit nicht gerade unter Beweis gestellt.
Wenn wir uns z.B. die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Grünen besehen, dann gewinnt man den Eindruck, die leben in einem anderen Bundesland.
Im Entwurf ihres Wahlprogramms heißt es:
Zitat „(Bei der Wirtschaftspolitik) steht für uns das Wechselspiel zwischen qualifizierten und kreativen Menschen, neuem Wissen unter anderem im Bereich der Technologie und ein offenes, liberales Klima in Bremen im Mittelpunkt.“
Ein schöner Satz.
Aber kein Wort von unserer Industrie, von Stahl und Werften, von Automobilbau und Lebensmittelindustrie –in dem ganzen Programmentwurf nicht.
Alles klein und fein, nur Windkraft und Mittelstand, Hightech und Laptop, die reinste Puppenstuben-Ökonomie.
Natürlich brauchen wir das auch - aber: unser Land als traditioneller Industriestandort braucht mehr: Arbeitsplätze für Jan Arbeitsmann im Blaumann.
Und die können wir auch schaffen, in den traditionellen Bereichen, auf die wir stolz sein können: Stahl, Automobilbau, Häfen, Meereswirtschaft.

Die Grünen sind mittlerweile die Partei, deren Klientel das höchste Durchschnittseinkommen aufweist, sie haben die FDP überholt, und das tun die Grünen zunehmend auch bei den Inhalten. Ganz offen und unverblümt.

In ihrem Parteiprogramm schlagen sie vor, Bildungs- und Jugendarbeit in den Stadtteilen vom Geldbeutel der dort ansässigen Geschäftsleute und der Einwohner abhängig zu machen, indem sie die Parallele zu den – im Bereich der Gestaltung von Straßen und Freiflächen möglicherweise durchaus sinnvollen – Standortgemeinschaften oder „Business Improvement Districts“ ziehen.
Solche und andere Verirrungen in den Neoliberalismus kann sich eine solidarische Gesellschaft nicht leisten.
Wir Sozialdemokraten stehen dafür, dass der Staat in Bremen dafür sorgt, dass alle gleichermaßen an gesellschaftlichen Errungenschaften teilhaben können.

Also: Für die Bremer SPD kann es doch nur heißen:
Wir stehen für unsere sozialdemokratische Politik.
Wir werben im Wahlkampf nicht für Koalitionen.
Wir machen Wahlkampf für die SPD – für unsere Politik für die Zukunft unserer Städte Bremen und Bremerhaven.

In dieser Woche, am 4.November, wollen sich Nazis auf Straßen und Plätzen im Bremer Westen breit machen.
Ich sag Nazis, weil Neo-Nazis klingt irgendwie nach Neu.

Aber bitte, was ist neu an diesen Ewiggestrigen?
Nichts. Sie sind Nazis und nichts anderes.
Wir werden uns auch nicht von dem Biedermann-Gehabe einiger NPD-Funktionäre täuschen lassen.
Im Wahlkampf in Berlin oder Meck-Pomm, da haben diese Biedermänner Beifall geklatscht, wenn ihre Schlägertrupps Juso-Veranstaltungen gesprengt oder Wahlhelfer verprügelt haben. Die NPD, oder in Arbeitsteilung in Bremen die DVU, kämpft nicht um demokratische Mandate in der Bürgerschaft, sie will unsere Demokratie zerschlagen.
Dagegen müssen wir uns von Anfang an wehren, und nicht erst dann, wenn sie schon in Fraktionsstärke im Parlament sitzen.

Deshalb werde ich dabei sein, wenn sich die demokratischen Kräfte des Stadtteils und aus ganz Bremen zusammen gegen diesen Aufmarsch wehren.
Wir wollen keine Nazis.
Die Demonstration wird dafür am 4. November ein kraftvolles Zeichen setzen.